

## **Die neoliberale Globalisierung und Ideen für eine neue Ökonomik**

### **Untersuchungen zu Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt: Gescheiterte Globalisierung – Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates**

#### **Flassbeck und Steinhardt: Standing an der Systemgrenze**

Die Auseinandersetzung mit Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt, einem wissenschaftlichen und politischen Exzellenzcluster mit dem Online-Magazin Makroskop als Sprachrohr, ist hoch interessant: „Gescheiterte Globalisierung“ (2018a) ist der gegenwärtig vielleicht ambitionierteste Versuch, ein vom herrschenden neoliberalen Paradigma nach links abweichendes, halbwegs abgerundetes ökonomisches und gesellschaftspolitisches Gegenkonzept zu entwickeln.

Die beißende und treffende Kritik an den theoretischen Fundamenten und desaströsen Folgen des neoliberalen Mainstreams macht einen großen Teil des Werks aus: Dazu wurde auch sonst schon viel geschrieben. Da für mich die Frage nach positiven Alternativen stets an erster Stelle steht, werde ich dazu nicht referieren. Die Autoren gehen auch über den traditionellen oder akademischen Keynesianismus hinaus und kritisieren eine neuere keynesianische Makroökonomik.<sup>1</sup> Wie dem auch sei, das Ganze hat durchaus ein eigenes Profil als „neue Ökonomik“ (114) und setzt sich dabei eher mit kleinen Fußritten von jeglicher marxistischen Anmutung ab.

Die lakonische Abfertigung, Marx sei „einzelwirtschaftlichem Denken“ (19) verhaftet geblieben, verrät allerdings eine diesbezüglich eklatante Kenntnislosigkeit: Marx' Kapitaltheorie ist fundiert in einem makroökonomischen Reproduktionskonzept, das besonders von Quesnays Tableau Economique inspiriert wurde.<sup>2</sup> Der rein industriekapitalistische Ansatz war damals auch angemessen. Ich gehe im Folgenden von einer Fortentwicklung, einer Modellierung und „Transformationsanalyse“ für die sozial- und weltkapitalistische Welt von heute aus, die Marx nicht kennen konnte (Müller 2015: 460 ff. u. 477 ff.).

In diesem Fall bleibt vor allem die Frage nach der konkreten Systemalternative weiter im Blick. Die Autoren betonen hingegen mehrmals, dass es ihnen keineswegs um einen Systemwandel geht (324 f.). Insofern haben die Debatten über Degrowth, eine

---

<sup>1</sup> Flassbeck erklärt „Warum ich kein Keynesianer mehr sein kann (und will)“. In: Makroskop, am 25.09.2018. Steinhardt argumentiert gegen die „Neue Keynesianische Makroökonomik“ (2018a).

<sup>2</sup> Der Ansatz ist im Brief von Marx an Engels vom 6. Juli 1863 genau dargelegt und wird versuchsweise sogar tabellarisch dargestellt.

Postwachstumsgesellschaft oder gesellschaftliche Transformation bei ihnen keine Spuren hinterlassen. Sie navigieren, so wie ich das sehe, in der im 21. Jahrhundert eröffneten gesellschaftsgeschichtlichen Übergangszeit (Wallerstein 2002) sozusagen auf verkürzte Sicht.

Ihre Agenda zielt darauf, das präferierte „marktwirtschaftlich-kapitalistische System“ (198), man könnte auch sagen den „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2013), vor dem Furor des Neoliberalismus zu retten und als dynamisches System zu stabilisieren, mag sein nur in eine stabile Seitenlage zu bringen. Nicht erwähnt wird dabei, dass es auch Konzepte einer sozialistischen Marktökonomie gibt, bei der man die „unbestreitbaren Vorteile“ dezentral-wettbewerblicher Verhältnisse mit einer „intelligenten staatlichen Steuerung“ (299) zu verbinden trachtet (Šik 1979). Vor allem wird bei ihrem Verständnis von „Kapitalismus“<sup>3</sup> nicht ganz klar, was das eigentliche Systemproblem ist, das den spannungsgeladenen, praktisch-widersprüchlichen und transitorischen Charakter der noch bestehenden, wankenden gesellschaftlichen Praxisformierung bedingt: Es ist nicht die Form des „Mehrwerts“, die gewöhnlich inkriminiert wird, während sie von ihrer Seite als funktional unabdingbar gilt.

Das Kernproblem der Wirtschaftsweise, die in der Tat durch eine „neue Ökonomik“ abgelöst werden sollte, ist das intrinsische Kalkül der Verwertungsökonomie. Darauf beruht der nicht abstellbare Rationalisierungs-, Akkumulations-, Wachstums- und Expansionszwang (Müller 2015: 466 ff.) der Kapitalwirtschaft, dessen äußerliche Erscheinungen zunehmend der Kritik verfallen. Im Grunde möchten die Autoren dessen irrationelle und anstößige sozial-ökonomischen Konsequenzen durch eine „rationale“ Wirtschaftspolitik und künftige „internationale Kooperation“ bändigen und im Sinne einer „dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung“ (308) steuern, mit der sich mehr „Wachstums- und Wohlstandsmöglichkeiten“ (46) verwirklichen lassen.

Dabei stoßen die Autoren allerdings, mehr als sie ahnen, mit einigen sozial motivierten und progressiven Vorschlägen an Grenzen des Systems. Dieser fundamentale Zwiespalt zieht sich durch den gesamten Entwurf. Die erweiterte Fragestellung lautet demnach: Wo liegt dennoch die Möglichkeit eines Durchbruchs?

### **Primat der Politik und Marktwirtschaft**

Am Ausgangspunkt der Überlegungen steht die Generalthese, dass es nach der „säkularen Machtverschiebung zugunsten der Unternehmen“ (198) einer Neubestimmung der

---

<sup>3</sup> Die Artikelserie „Kapitalismus und Ketchup“ stellt in vier Folgen genauer dar, wie die Autoren die Kernstruktur oder den Gesamtzusammenhang des geldwirtschaftlich vermittelten und durch spezifische soziale Beziehungen geprägten „Systems“ verstehen (Steinhardt 2018a).

„Aufgabenteilung von Markt und Staat“ und konsequenter institutioneller Neuorientierungen bedarf, um endlich das für erforderlich gehaltene Wachstum und eine „Optimierung des Gemeinwohls“ (85) zu erreichen. Fasst man letztere Zielbestimmung nachlässig oder nur pragmatisch, so erscheint sie sehr allgemein und hochtönend. Das „Wohl der Allgemeinheit“ ist jedoch sehr wohl Verfassungsgrundsatz (Art. 14 GG) und auf vielen Gebieten ein durchaus operativer Rechtsbegriff, der der liberalistischen Egomane und dem Ausverkauf des Gemeinwesens entgegen gehalten werden muss. Hier ist anzuerkennen, dass endlich, mit dem Grundgedanken eines notwendigen „Primats der Politik“ (353), vom marktradikalen Pfad abgelenkt wird.

Allerdings, um wie viel Grad und auf welche Strecke?<sup>4</sup> Der Staat soll jetzt nicht etwa nur ein Garant von Marktfreiheiten sein, sondern muss aufgrund der heutigen komplexen Verschränkung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens eine legitime wie sachnotwendige zentrale Funktion als „Systemoperator“ (85) übernehmen. Dabei wird ein liberales Element insofern bewahrt, als es vor allem auf eine staatliche „Aktivierung der Akteure“ als solcher ankommt, seien es marktwirtschaftliche Kräfte oder bildungsfähige Individuen. Verlangt das erreichte hohe Niveau realer Vergesellschaftung aber nicht weitere Konsequenzen?

Die Aufgabe des Staatswesens bleibt hier eher auf ein „rationaleres“ Management der sozial-kapitalistischen Marktwirtschaft zugeschnitten. Es werden keine höheren gesellschaftlichen und kulturellen Ziele jenseits einer Wachstums- und folglich auch Konsumgesellschaft anvisiert: Das hier aufgebotene, beschränkte Maß an sozialer und wissenschaftlicher Phantasie lässt wenig Begeisterung für die Zukunft aufkommen. Soziale Sicherheit, aber nicht eine auch notwendige Umwälzung des „Alltagslebens in der modernen Welt“ (Lefebvre 1972) oder gar eine viel weiter gehende, mit Blick auf die ökologischen Existenzfragen „radikale Wende“ (Maxton 2018) ist hier Thema.

### **Nationalstaat und fiskalische Souveränität**

So ziehen die Autoren zunächst gegen den „grassierenden Marktfundamentalismus und die endemische Staatsvergessenheit“ (375) zu Felde und erkennen im souveränen demokratischen Nationalstaat nicht nur die maßgebliche Organisationsform moderner Gesellschaftlichkeit, sondern auch die entscheidende Instanz für eine selbstverständlich nötige oder je-

---

<sup>4</sup> Das „Primat“ erinnert an Polanyis „Vorrang der Gesellschaft“. Dieser sah „die institutionelle Trennung von Politik und Wirtschaft“ sogar als „tödliche Gefahr für die Substanz der Gesellschaft“. Allerdings sprach er an, dass mit dem Ende des „selbstregulierenden Marktes“ schließlich auch „das Wesen des Eigentums“ eine tiefgreifende Veränderung erfahren müsste (Polanyi 1997: 332 ff.). Aber welche? Mit dem industriekapitalistischen Faustkeil der Vergesellschaftung alias Verstaatlichung ist es nicht getan.

denfalls erhoffte zwischenstaatliche und internationale Kooperation, durchaus auch im europäischen Zusammenhang. Damit werden im Grunde die üblichen Verdächtigungen und die gängige Konfundierung von Nationalstaatlichkeit mit Autarkismus und Nationalismus zurückgewiesen (Wahl 2017; Streeck 2017). In der Tat bildet jener die reelle Grundlage für eine mögliche demokratische Selbstorganisation, eine in jeder Weise gestaltbare zwischenstaatliche Zusammenarbeit und selbstsichere Weltoffenheit.

Eine entscheidende Stärkung seiner Handlungsfähigkeit soll der demokratisch legitimierte Nationalstaat dadurch erfahren, dass die Trennung von Staat und Zentralbank, von Notenbank- und Fiskalpolitik praktisch aufgehoben wird (272), so dass eine prinzipiell unproblematische und unbegrenzte staatliche „Geldschöpfung“ (269 f.) möglich ist. Die gegenüber dem Souverän jetzt noch „unabhängige“ Notenbank würde praktisch jenem Primat der Politik untergeordnet: In der Tat ist die der demokratischen Kontrolle entzogene Superposition der Notenbanken eine typisch finanzkapitalistische Institutionalität. Weiterhin wird vorgeschlagen, ein „Trennbankensystem“ (342) mit öffentlich-rechtlich organisierten Finanzdienstleistungen einzurichten: Nicht profitorientiert, sondern um vor allem die Realwirtschaft mit Kapital zu versorgen.

In dieser zunächst einmal einleuchtenden Denkrichtung wird auch klar, dass der „Finanzsektor“ vom Staat und der Staatengemeinschaft in Zukunft „extrem restriktiv“ (207) reguliert werden muss: In der Tat liegt hier ein Sumpfgebiet von panamesischem Ausmaß, das härteste staatliche Interventionen benötigte. Weiterhin soll sich die wieder zu gewinnende „fiskalische Souveränität“ in einem entsprechend gestalteten Geld- und Finanzwesen materialisieren. An dieser Stelle kommt freilich eine nicht einfache und keineswegs unproblematische Geldtheorie und damit verkoppelte Fiskalpolitik ins Spiel.

### **Schuldenprobleme und staatliche Geldschöpfung**

Die Autoren setzen sich relativ ausführlich mit Geldtheorien und der Institutionalität des bestehenden Geld-, Banken- und Finanzwesens auseinander: Geld ist demnach weder nur ein Vermittler von warenwirtschaftlichen Tauschakten, noch überhaupt als ein „knappes Gut“ anzusehen, dessen marktwirtschaftliche „Allokation“ in Frage steht. Aber was dann? Es heißt, Geld sei keine „knappe Ressource, sondern ein Steuerungsmittel“ zur kontrollierten oder dosierten „Aktivierung der im Herrschaftsgebiet befindlichen Ressourcen“<sup>5</sup>, also ein wirtschaftspolitisches Instrument zur zuverlässigen Versorgung der Wirtschaft mit Kapital wie zur Staatsfinanzierung: Es geht um eine monetäres Nachfragemanagement durch Geld-,

---

<sup>5</sup> An dem Punkt wird unübersehbar, dass die Autoren einer Auseinandersetzung über die Grundfrage des „ökonomischen Werts“ aus dem Wege gehen. Meinerseits dazu: „Wert als Sinnimplikation und Wertformen der ökonomischen Praxis“ (Müller 2015: 421). Für meine folgenden reproduktions- und transformationstheoretischen Überlegungen ist der Rekurs auf die objektiv-reale Existenz ökonomischer Werte und Wertverhältnisse ganz ausschlaggebend.

Fiskal- und Steuerpolitik.

Entsprechend hat sich eine durch marktwirtschaftliche Mechanismen gesteuerte „Objektivierung der Geldversorgung“ (246) als Illusion erwiesen. Die Autoren sehen auch Defekte und Gefahren im „zweistufigen“ und selbst profitorientierten Bankensystem. Stattdessen fokussieren sie konsequent auf die heutigen Möglichkeiten der Geldschöpfung.

Es wird postuliert, dass eine potentiell unbegrenzte Geldschöpfung „aus dem Nichts“ von Staats wegen möglich und erlaubt ist. Im Hinblick auf solches „Fiatgeld“, den Clou einer so prononcierten wie provozierenden, international umstrittenen „Modernen Geldtheorie“<sup>6</sup>, lautet der so lapidare wie provokative Grundsatz sogar: „Ein Staat mit einer souveränen Währung, braucht zur Finanzierung seiner Ausgaben keine Steuereinnahmen“. Es gelte folgerichtig alle, wirklich „alle Schuldenbremsen“ zu lösen (360) und mit der neoliberalen Austeritätspolitik radikal Schluss zu machen. Dies keineswegs maßlos, sondern durchaus mit Bezug auf realwirtschaftliche Voraussetzungen und für sinnvolle „produktive und investive Zwecke“ (270). Gibt es keinen Haken bei der Sache?

Mit Marx würde man sich zunächst vergewissern, dass Geld oder Preise im Prinzip Ausdruck von ökonomischem Wert sind, wie auch immer verschlüsselt oder auch abweichend und mit entsprechenden Folgen. Diese Kategorie kennen die Autoren jedoch ebenso wenig wie die Vertreter der von ihnen vernichtend kritisierten neoliberalen Ökonomik. So kann die neue Geldmacht also im Grunde nur mehr oder weniger instrumentell eingesetzt werden, wie an einer Blackbox voller objektiv-realer Wert- und Reproduktionsverhältnisse. Ob beispielsweise die Geldschöpfung, wie sie die EZB am Rande des Nervenzusammenbruchs praktiziert, nicht andere und noch krassere Widersprüche erzeugt, durch die sich der nächste kapital- und finanzwirtschaftliche Kollaps vorbereitet, wissen auch vermeintlich „rationale“ Makroskopen nicht.

Die wert- und geldtheoretischen Fragen bedürften jedenfalls einer weit gründlicheren Untersuchung<sup>7</sup>: Ich komme später noch einmal darauf zurück. Soweit sich bis hierher vermuten lässt, scheint Fiatgeld doch eine allzu probate Lösung des Geldrätsels und für die endemische Staatsverschuldung: Angesichts der Haushalts- und Finanzlage vieler Staaten im Netz

---

<sup>6</sup> Das umstrittene Konzept wurde dieser Tage von der US-Ökonomin Stephanie Kelton im - gewöhnlich neoliberal verseuchten - Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung zur Diskussion gestellt (SZ/Wirtschaft am 14. Dezember 2018, S. 17).

<sup>7</sup> Für sein „Kapitel vom Geld“ benötigte Marx über 100 Seiten (MEW 42: 49 ff.) und kritisierte dabei die Geld- und Bankreformer seiner Zeit. Ähnlich gründlich müsste man sich heute mit der Geldform des Fiatgeldes und der geplanten europäischen Bankenunion auseinandersetzen. Interessant in diesem Zusammenhang: Marx' Bemerkung zur letztendlichen Entstehung einer „Plethora des Kapitals“, von einem „Überangebot von (zinstragendem) Geldkapital“ (MEW 25: 493).

finanzkapitalistischer Mächte und im Kontext des internationalen Währungs- und Finanzsystems mutet es als halbsbrecherische Behauptung an, „Staatschulden“ seien „absolut kein Problem“ und man könne oder solle immer wenn nötig „die reale Investitionstätigkeit (zu stimulieren“ (255) und „jederzeit staatliche Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ auflegen, um etwa auch einem „Recht auf Arbeit Geltung zu verschaffen“ (273).<sup>8</sup>

Dennoch, mit alldem wird der Gedanke aufgerührt, dass aufgrund der möglichen Refinanzierung über eine Zentralbank die Bindung an Steuereinnahmen (269) nicht nötig sei und mit der Finanzierung über den spekulationsträchtigen, zinsgierigen Finanzmarkt Schluss gemacht werden könnte, ohne dass daraus unvermeidlich eine Inflation folgt. Das Konzept der Autoren ist jedenfalls als Versuch zu einem überfälligen Befreiungsschlag des heute noch in hohem Maße „verschuldeten Steuerstaats“ (Schumpeter 1976) und als Herausforderung ernst zu nehmen, nach neuen Lösungen zu suchen: Ich versuche im Weiteren eine Antwort zu geben. Dazu ist unabdingbar, das wirtschaftliche Geschehen schrittweise genauer auszu-leuchten.

### **Die Strukturierung moderner Wirtschaftsgesellschaften**

Im ersten makroökonomischen Zugriff zeigt sich, dass sich die geldwirtschaftliche Vermittlung des ökonomischen Prozesses in Größenverhältnissen von Einnahmen und Ausgaben ausdrückt, die einander saldenmechanisch entsprechen müssen. Dem Kern des Wirtschaftslebens kommt man einen entscheidenden Schritt näher, wenn man dessen sozusagen darunter liegende, fundamentale Strukturierung ins Auge fasst. Dazu findet sich im vorliegenden Text eine wichtige Disposition: Es wird auf zwei Hauptbereiche Bezug genommen, nämlich die markt- und kapitalwirtschaftlich geprägte Industriewirtschaft sowie die anders geartete Sphäre einer so genannten „Daseinsvorsorge“. Indem der Steuer-, Rechts- und Sozialstaat das Ganze moderiert oder steuert, zeichnet sich eine Dreigliederung ab. Der fiskalische und funktionelle Zusammenhang kommt auch in der enormen „Staatsquote“ (354) zum Ausdruck.<sup>9</sup>

Ich nenne diese historische Formierung einen „Sozialkapitalismus“ (Müller 2015: 434 ff.), von dem Marx im Grunde nichts wissen konnte und von dem die traditionelle Kapital-, Formations- und Krisentheorie nichts wissen will. Marx' noch weiter ausgreifende Vorausüberle-

---

<sup>8</sup> Die politischen Implikationen sind erheblich. So heißt es, dass „die Menschen in Griechenland, Spanien und Italien schon längst ihre Regierungen gestürzt hätten, wenn sie wüssten, dass ein Staat mit einer souveränen Währung über die Mittel verfügt, Vollbeschäftigung herzustellen.“ (Steinhardt 2018b)

<sup>9</sup> Vgl. Müller (2001): Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ Nr. 132, Oktober 2001, S. 909-924. Die ökonomische Strukturierung und die Konsequenzen für eine „Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation“ zeichnen sich zunehmend konkreter ab (Müller 2018b).

gungen für eine Zeit des vollendeten „Weltmarkts“ besagen, dass dann ein „Übergang“ eingeleitet sei und sich höhere Verhältnisse „im Schoß“ (MEW 13: 9; MEW 42: 203) des Bestehenden kristallisieren würden: Dass das bestehende „System“ gesellschaftlicher Reproduktion und Praxis auf dem erreichten historischen Niveau eine latent mit prozessierende Alternative enthalten könnte, sprengt im Grunde alle gängigen wirtschaftstheoretischen Paradigmen und wirft die Frage auf: Was wäre dieses Andere?

So weit gehen die Autoren gerade nicht, aber sie wollen auch nicht im Negativen bleiben und entwickeln eine Reihe positiver, progressiver Ansätze. Mit Marx gesprochen, rütteln sie damit in der heute wirklich eröffneten Zeit des gesellschaftsgeschichtlichen „Übergangs“ am Gehäuse. Um dem jetzt genauer nachzugehen, ist es sinnvoll, zunächst ihren Ansatz bezüglich der primären Sphäre des „dynamischen“ Wachstums oder des Verhältnisses von „Kapital und Arbeit“ zu besprechen. Danach möchte ich Fragen bezüglich der „Daseinsvorsorge“ oder der gesellschaftlichen „Infrastrukturen“ aufgreifen und schließlich weiter sehen.

Als Hauptproblem der Theorie der Autoren wird sich zeigen, dass sie im Rahmen ihres originellen Ansatzes keine exakte wert- und reproduktionstheoretische Untersuchung der Beziehungen zwischen industriekapitalistischer Produktion, sozial-infrastrukturellen Diensten und dem gesamtverantwortlichen, heute in der Regel noch erheblich verschuldeten Steuer- und Sozialstaat anstellen können. Eben diese Beleuchtung des Zusammenhangs führt zu anderen wirtschafts-, finanz- und systempolitischen Schlussfolgerungen.

### **Steuerung für ein dynamisches Wachstum**

Nach der Zerstörung des „Mythos, Staatsausgaben seien über Steuern zu finanzieren“<sup>10</sup>, zielen die wirtschaftspolitischen Vorschläge für die Domäne der industriewirtschaftlichen Kapitalökonomie konsequent auf Vollbeschäftigung, die als ein erstrangiges Sozialstaatsgebot erscheint, auf eine garantierte Beteiligung der Bevölkerung durch Masseneinkommen, auf die Stimulierung der Nachfrage durch Investitionsförderung und gegebenenfalls die Abschöpfung funktionsloser Gewinne. Kurz: Ein rigoroses Arbeitsbeschaffungs- und Wachstumsprogramm, bei dem „die alten Vorstellungen von der Konsolidierung der Staatsfinanzen grundsätzlich hinfällig sind“ (197). Das zunächst auch ohne große Gedanken bezüglich der von vielen Seiten und mit guten Gründen vorgetragene Wachstums- oder Ökologiekritik.

Darauf wird noch einzugehen sein, aber bereits an dieser Stelle sei notiert: Dass sich auf Grund der so stimulierten Verwertungswirtschaft auch die damit verknüpften sozial-

---

<sup>10</sup> „Dieser Mythos ist gefährlich. Er untergräbt unweigerlich das Fundament unserer Geldwirtschaft und Zivilisation.“ (Steinhardt 2018b).

ökologischen Probleme „grundsätzlich“ lösen ließen, ist mit höchster Wahrscheinlichkeit ein Irrtum. Die Gegenthese lautet: Wenn keine substanzielle, systemische Alternative in Sicht kommt, wird sich das Ganze vermutlich noch weiter zum zivilisatorischen und planetarischen Desaster auswachsen. Dass zu alldem von weiter links seit gut 100 Jahren kein effektives und vertrauenswürdige, alternatives Wirtschaftsmodell vorgelegt wurde, ist ein anderes Grund- und Hauptproblem der Wissenschaft der politischen Ökonomie.<sup>11</sup> Es entschuldigt aber nicht die hier vorliegende relative Unbekümmertheit der Wachstumsorientierung.

Die für die erwünschte Dynamik der kapitalökonomischen Entwicklung nötige Befolgung der „goldenen Lohnregel“ (52 ff.) besagt, dass die Nachfrage dem Produktivitätsfortschritt plus einem so oder so geschätzten Inflationsausgleich folgen sollte. Das wird, wie es hier häufig der Fall ist, wie ein „unbestreitbarer“ Zusammenhang (118) vorgestellt. So als ob dann die Bäume in den blauen Himmel wachsen könnten. Das Konzept ist aber genau das, was die Autoren auch an neoliberalen Doktrinen geißeln: Ein instrumentalisierbares „normatives Gebilde“ oder ein Glaubensartikel, der auch von gewerkschaftlicher Seite gerne reklamiert wird. Angesichts der im „marktwirtschaftlich-kapitalistischen System“ offenkundig immer akuten Lohnkämpfe, Existenzprobleme oder der immer wieder nahezu verzweifelten Suche nach Wachstumsimpulsen kann die Faustregel kaum überzeugen.

### **Das Verhältnis von Arbeit und Kapital**

Die Autoren selbst sind jedenfalls fest davon überzeugt, dass sich das aus ihrer Sicht unhintergehbare Verhältnis von Arbeit und Kapital auf diese Weise „vernünftig“ regulieren lässt. Zwar gilt ihnen der wirtschaftsliberale „Markt für Arbeit (als) eine reine Fiktion“<sup>12</sup> (225), aber aufs Ganze gesehen wird die entfremdete, gespaltene, ewig problematische gesellschaftliche Existenzweise<sup>13</sup> als eine „starke Asymmetrie“ (345) verharmlost: Diese soll eben durch eine Partizipation der Bevölkerung am Produktivitätsfortschritt und im Übrigen durch ein „ausreichend starkes soziales Netz“ (306) erträglich oder auch gemütlich werden. Im

---

<sup>11</sup> Ich zitiere dazu gerne Karl Korsch: „Sozialismus“ bedeutet im Wesentlichen „Antikapitalismus“. Die Formel der „Vergesellschaftung“ hat einen „klaren negativen Sinn“, ist aber nach der positiven Seite „leer und nichtssagend“ (Korsch 1912). So dramatisch ist es natürlich nicht mehr, aber etwas formelhaft möchte ich doch sagen: „Nur halb durchdacht und ohne konkretes Resultat“.

<sup>12</sup> In diesem Sinne Polanyi: „Die Bezeichnung von Arbeit, Boden und Geld als Waren ist völlig fiktiv“ (Polanyi 1997: 107 ff.), und dieses „System grober Fiktionen“ kann letztlich „nicht aufrecht erhalten werden“.

<sup>13</sup> Der Grundgedanke der „Entfremdung“ wurde von Marx weiter und bis ins ökonomische Hauptwerk konkretisiert. Siehe dazu das essentielle Kapitel „Entfremdung“ in der Manuskriptsammlung „Grundrisse“ (MEW 42: 721-723). Gegen den verflachten Entfremdungsdiskurs und die entsprechenden „Marx-Kritiken von Heinrich, Jaeggi und Rosa“ argumentiert Alexander Link (2018).



„sozialen Netz“ oder aufgrund der öffentlichen „Daseinsvorsorge“, auch in „Übergangsmaßnahmen“ kann angeblich der „Arbeitnehmer“ persönlich, „ohne externen Druck“ „nach Alternativen suchen“ (354). „Was verlangt ist, ist immer die Flexibilität“ (305).

Immerhin soll dieses soziale Netz ja jetzt neu geflochten werden. Und freilich sollte auch die „Ungleichheit“ bekämpft werden, aber jedenfalls nicht so, dass die bestehende Gesellschaft „in den Grundfesten erschüttert“ (321) wird. Es geht um „einfache“, dabei auch erfreulich rigide „Maßnahmen, von denen keine revolutionär oder systemverändernd ist“ (324), also um Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, Unternehmenssteuern und Managergehälter, die Höhe von Löhnen, Gehältern und Renten. Auch Piketty hat über die „Dynamik des Kapital-Einkommen-Verhältnisses“ und den „Sozialstaat für das 21. Jahrhundert“ nachgedacht und resümiert: Um der „endlosen Ungleichheitsspirale Einhalt zu gebieten“, die natürlich wie der Akkumulations- und Wachstumszwang in der Systemkonstitution angelegt ist, bedürfe es vor allem auch einer „progressiven Kapitalsteuer“ worunter unter anderem auch „Abgaben auf den Wert des Kapitalstocks“ oder auf „Betriebskapital“ versteht (Piketty 2014: 627, 663, 700): Ich komme auf den Gedanken einer Kapitalsteuer noch zurück. Hinzu kommt die Grundforderung, endlich eine möglichst vollständige Transparenz in diesen Dingen einzufordern, damit die Steuerverwaltung überhaupt greifen kann: Das klingt ein wenig konsequenter als das Konzept der Autoren und lässt vermuten, dass der anvisierten „raschen und durchgreifenden Lösung des Problems der Ungleichheit“ (320) doch einiges entgegen steht.

Der vertrauensselige Tenor der Autoren, sobald es um die Möglichkeiten des markt- und kapitalwirtschaftlichen Systems geht, erweckt gelegentlich den Eindruck, dass es bei der „neuen Ökonomik“ darum gehe, zum guten Ende der Geschichte mit einigen probaten Eingriffen das Beste für die „Arbeitnehmer“ oder eine Wohlstandsgesellschaft herauszuholen. Das wäre zwar antineoliberal, aber natürlich der Entwurf einer Grabrede auf jede konsequente Systemopposition. Man könnte aus geschichtlicher Erfahrung insoweit Verständnis aufbringen, als sich die Sozialreform als die Art und Weise erwiesen hat, in der sich der Widerspruch von Kapital und Arbeit bisher bewegte, nicht dagegen die erhoffte Revolution. Aber was, wenn im „Übergang“ bereits ein Widerspruch zwischen dem überlebten Alten und einer in dessen „Schoß“ oder latent andrängenden neuen Praxisformierung akut wäre? Wenn dann der Tanker bereits Schlagseite hat, reicht es nicht, auf die andere Seite zu bitten und am 1. Mai die Musik lauter zu drehen. Man sollte bei allen versuchten, vielleicht wirklich dringend nötigen oder auch eher kurativen Maßnahmen auch immer noch wissen *wollen*, ob und wohin *notgedrungen*, oder um eines *lebenswerten* Fortkommens willen, aus- und umgestiegen werden kann.

## Arbeitslosigkeit und Rente

Letzterer Wille oder auch die Inspiration fehlen hier anscheinend, aber richtig ist: Es geht auch unmittelbar schon um Leben und Überleben, und damit um die im Bestehenden permanente Drohung von Prekarisierung, von Arbeits- und Fürsorgelosigkeit sowie um die im Bestehenden immer fragliche Rente und Gesundheitsversorgung: Es gibt nicht nur eine Saldenmechanik, sondern auch jene kapitalwirtschaftliche Verwertungsmotorik, die immer neu zur ökonomisch-technologischen Rationalisierung und Aufrüstung des Kapitalstocks zwingt. Dass niemand Angst vor solchem „Fortschritt“, heute insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung und Globalisierung haben muss, versuchen die Autoren anhand einer ziemlich schwachen Robinsongeschichte<sup>14</sup> (49) zu veranschaulichen: Die „logische“ Schlussfolgerung: „Dadurch, dass Menschen etwas klüger machen als vorher, dass sie sich also das Leben mithilfe von Maschinen (Kapital) erleichtern, wird niemand arbeitslos.“ Was hält man von seinem Publikum, wenn man meint, gravierende Systemprobleme auf diese Weise erklären zu müssen?

Für anderweitige Aufklärungsarbeit in der Rentenfrage muss man den Autoren wiederum sehr dankbar sein: Bei jeglichem Verfahren zu einer entsprechenden Zukunftsvorsorge müsse die Versorgung von Nichtarbeitenden *immer* aus den gegenwärtig erwirtschafteten Gütern geschöpft werden, ob über finanzialistische Um- und Abwege oder direkte Umlageverfahren: Also besser keine Rentenversicherung über private Versicherungs- und Finanzkonzerne. Die umlagefinanzierte Rente ist jedenfalls sicher, „solange unsere Kinder bereit und in der Lage sind, die Arbeit ihrer Eltern“ durch Abtretung ihrer Ansprüche zu honorieren (364).

## Umweltschutz und Ökologie

Die Präferenz der Autoren für eine satte „dynamische Entwicklung“ bringt mit sich, dass dieses auch als Grundvoraussetzung für die Bearbeitung der ökologischen Probleme gesehen wird. Da mit diesem Progress im Prinzip auch die Lösung der Fragen der Armut und Arbeitslosigkeit, in gewissem Maß auch der Ungleichheit verbunden sein soll, bleibt also die Ökologie als Problembündel, zu dem am Schluss des Buches Stellung bezogen wird (374-397).

Die angebotene „entscheidende Hilfestellung“ (375) der beiden Ökonomen führt über die mikroökonomische oder verhaltensökonomische Idee hinaus, dass Menschen, etwa durch Konsumverzicht, vielleicht für die Umwelt „zu opfern bereit sind“. Da solche individuelle „Kosten-Nutzen-Überlegungen“ letztlich zu keiner Lösung im allgemeinen und langfristigen Interesse führen können, „muss der Staat eingreifen“ und gegebenenfalls „alle zwingen“ (376).

---

<sup>14</sup> „Der einzelne und vereinzelt Jäger und Fischer, womit Smith und Ricardo beginnen, gehört zu den phantasielosen Einbildungen des 18. Jahrhunderts“ (MEW 42: 19). Dergleichen Nonsens scheint unausrottbar. Zu Robinson gesellt sich jetzt noch die ähnlich schräge Argumentationsfigur des „wohlwollenden Herrschers“ (321), als phantasievolle Einbildung des 21. Jahrhunderts.

Diese Forderung nach Eingriffen der Staatsgewalt ist konsequent, denkt man nur an den gegenwärtigen Umgang mit To-Go-Behältnissen, von Abgasfilterungen des motorisierten To-Go ganz zu schweigen. Die „Vorsorge für den Umwelt- und Klimaschutz“ soll, mit wesentlicher Förderung oder konsequenter Verfügung des Staates, in den Zusammenhang der „Bedürfnisse und Präferenzen der Bürger und der Gesellschaft“ als Ganzes implementiert werden (380). Ist damit nicht zumindest, jedenfalls in der Sprache von Fachökonomen, eine saubere Formel formuliert?

In der Tat gibt es nicht wenig Spielraum für ein individuelles Umdenken, für dringend nötige staatliche und unternehmerische Maßnahmen und entsprechende Investitionen. Derartige Programme werden auch allenthalben als je kleiner oder großer Sprung nach vorn aufgelegt. Nicht zu Ende gedacht wird dabei, inwiefern solches behende Fortkommen, neuerdings vielleicht elektromobil, weiter aufwärts in der Wachstumsspirale verläuft. Wäre man wirklich konsequent und würde auch nur die Internalisierung von Umweltfolgekosten veranlassen, würde das die chemische, automobilen, pharmazeutische oder landwirtschaftliche Industrie vermutlich sofort ruinieren. Die Regel scheint zu sein, dass einmal erzielte Fortschritte durch die weiter treibende Widersprüchlichkeit zwischen Kapitalverwertung und Lebenswirklichkeit immer wieder unterminiert und konterkariert werden. Noch schlimmer: Soweit Kippunkte bereits überschritten sind, kann in den kommenden Jahrzehnten ohnehin nur noch mit Notmaßnahmen reagiert werden.

Die Autoren lassen bezüglich der Lösung von Umweltproblemen einen wurstigen Pragmatismus erkennen. Sie sehen sich völlig frei von sonstigen makroökonomischen „Dogmen“, berufen sich auch schon mal auf den „gesunden Menschenverstand“, vor allem aber immer wieder auf „unumstößliche“ empirische Fakten und logische Notwendigkeiten: Diese Selbstsicherheit ist vermutlich durch den Verweis auf den grundsätzlich perspektivischen, widersprüchlichen Charakter gesellschaftlicher Praxis und die entsprechende paradigmatische Struktur der Wissenschaften nicht zu erschüttern.<sup>15</sup> Von da vielleicht auch die Ablendung von triftigen Grundeinsichten der Wissenschaft der politischen Ökonomie wie der, dass das „Kapital“ dahin tendiert, „die Erde und den Arbeiter“ - das meint in diesem Fall die Menschheit - zu ruinieren. Die davor fliehen heißen Migranten.<sup>16</sup>

Die Vernunft, wo sie noch zu Wort kommt, reklamiert: „Green Capitalism – The God that failed“ (Smith 2016). Oder ziemlich „unumstößlich“ aus der Feder eines Mitglieds und Gene-

---

<sup>15</sup> Marx hätte dem noch hinzugefügt, dass alle Wissenschaft überflüssig wäre, wenn Erscheinung und Wesen zusammenfielen (MEW 25: 825).

<sup>16</sup> Marx erklärt: Vom „Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation“ kommt es darauf an, dass die jeweils lebenden Generationen den Planeten wie „boni patres familias“, also gute Hausväter, ihren Nachkommen hinterlassen. (MEW 23: 528 ff.; MEW 25: 782, 784).

ralsekretärs des Club of Rome: „Warum wir eine radikale Wende brauchen“ (Maxton 2018). Von einer existenziellen „Naturfrage“ und einem positiv zu verändernden „Naturverhältnis“ (Müller 2015: 164 ff.) der geplagten und hoffenden Menschheit ist bei dem vorgeschlagenen Systemmanagement schon gar nicht die Rede.

### **Daseinsvorsorge als öffentlicher Dienst**

Nach den bisherigen Überlegungen zur Rolle eines fiskalisch ermächtigten Staates, dann zur Sphäre des anvisierten kapitalwirtschaftlichen, dynamischen Wachstums, aus dessen Sicht die Umweltprobleme ein wenig schrumpften, möchte ich auf das bereits genannte dritte Strukturelement einer modernen Wirtschaftsgesellschaft zu sprechen kommen: Die Sphäre allgemeiner „Daseinsvorsorge“ (vgl. Mattered 2017) oder auch der gesellschaftlichen „Infrastrukturen“. Letztere sind neuerdings und sehr verdienstvoll auch als „Lebensadern unserer Gesellschaft“ recherchiert und diskutiert worden (van Laak 2018).

Die gewohnten Begriffe drücken allerdings nicht aus, dass die öffentlichen oder sozial-infrastrukturellen Dienste einen definitiven Charakter als besondere Formbildung<sup>17</sup> gesellschaftlicher Arbeit und Produktion sowie als positive Wertschöpfung aufweisen. Bei solchen „sozialwirtschaftlichen Diensten“ (Müller 2015: 444 ff.) handelt es sich nicht nur um eine „mindestens“ nötige Vorsorgeproblematik, ein Auffangnetz oder staatliches Ersatzhandeln. Es geht vielmehr insgesamt um die Grundlagen einer lebenswerten Existenzweise und zivilisatorischer Fortentwicklung. Auch der gewöhnlich inkriminierte „Staatsverbrauch“ gehört zum Vexiertheater liberalistischer Pseudowissenschaftlichkeit.

Tatsächlich hat sich die andauernd nötige Reproduktion der sozial-infrastrukturellen Grundlagen in öffentlicher Verantwortung längst als eine im Verhältnis zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion komplementäre Wirtschaftsabteilung herausgebildet: Das geht über die von Marx konzipierten, klassischen Reproduktionsschemata entscheidend hinaus. Diese sozialwirtschaftlichen Dienste sind sogar die wirtschaftsgeschichtlich und gesellschaftspolitisch eigentlich expansionsbedürftige, ausdehnungsfähige und emanzipative ökonomische Kategorie. Van Laak spricht gar von einer „infrastrukturisierten Hochmoderne“ (van Laak 2018: 276): Wachsende soziale, ökonomische und ökologische Probleme, die auch nur gesamtgesellschaftlich angegangen werden können, fördern diese Tendenz. Die Ökonomie moderner Wirtschaftsgesellschaften muss folglich im Ausgang vom dem jetzt höher vergesellschafteten, bildlich gesprochen dreigliedrigen Reproduktionszusammenhang betrachtet

---

<sup>17</sup> Es handelt sich um eine „spezifische gesellschaftliche Form“ (vgl. MEW 42: 741). Für die theoretische wie praktische Zuordnung zählt in diesem Fall nicht einfach nur der empirische Typus, sondern auch eine gesellschaftliche Entscheidung.

und entsprechend reformiert werden.

Immerhin plädieren die Autoren für eine ordentliche „Daseinsvorsorge“ (325 ff.), mit der Betonung deren Ausgleichs- und Auffangfunktionen, wo die hoch geschätzte, bei genauerem Hinsehen problemgeladene, widersprüchliche Praktikizität der Markt- und Kapitalwirtschaft nicht so gut funktioniert.<sup>18</sup> So ist der Staat aufgerufen (306) den „skandalösen Verfall unserer Infrastruktur“ (361) zu stoppen und diese im Allgemeininteresse auszubauen. Der Staat soll eingreifen, wo die „Leistungserbringung durch private Anbieter problematisch“ ist. Dies natürlich zugleich so, dass „die privaten Investitionen florieren und in die richtige Richtung gelenkt werden“ (338). Die Frage ist dann freilich: Wann ist eine private Leistungserbringung „problematisch“, oder was wäre hier ein „Optimum“, so die hier gerne gebrauchte komplementäre Generalformel, die so noch keinen bestimmten Inhalt hat.

Jenseits solcher Aussagen führt etwas anderes entscheidend weiter: Es sollen jene Daseinsvorsorge und Infrastrukturen „zukünftig ganz überwiegend und unmittelbar von öffentlich-rechtlichen Organisationen übernommen werden“, die „nicht nach dem Profitprinzip gesteuert werden dürfen“ (362). Der Versuch einer beispielhaften Aufzählung zu dem fraglichen Spektrum (354) ist erfreulich und entspricht vollständig meiner eigenen Auffassung (Müller 2008: 99; Müller 2018b). Folgerichtig wird die „Privatisierung“ des Öffentlichen als „Irrweg“ markiert, von dem gänzlich abzugehen ist. Das heißt: Auf dem „Schlachtfeld Öffentliche Daseinsvorsorge“ (Steinhardt 2017) haben die Autoren unzweideutig argumentiert und wegweisend Stellung bezogen.

Mit dieser Haltelinie für den neoliberalen Durchmarsch und dem Vorschlag einer öffentlich-rechtlichen Verfassung des ganzen Bereichs liegt freilich nicht nur „ein Affront gegen und ein Ärgernis für alle aufrechten Wirtschaftsliberalen“ vor. Die Autoren rüttelnd damit, mehr als sie sehen, an den Systemgrenzen: Unter dem Primat der Politik würde die Konstitution der sozialwirtschaftlichen Dienste als komplementäre Wirtschaftsabteilung durchschlagen und deren sachfremde, antisoziale Okkupation durch privat- und finanzwirtschaftliche Instanzen beendet: Das implizierte in der Tat mehr als die annoncierte „neue Ökonomik“. Es zeichnet sich damit der Grundriss einer alternativen sozial-ökonomischen Gesamtkonstellation ab. Diese betrifft auch und besonders die kommunale Ebene.

---

<sup>18</sup> Die heutige „Daseinsvorsorge“ verweist voraus auf eine höhere Gesellschaftlichkeit, in der die Daseins- und Entwicklungsbedingungen der Individuen allgemein gesichert sind. So läge in ausgefalteten sozialwirtschaftlichen Diensten auch eine reelle Basis ihrer Freiheit. Das „garantierte Grundeinkommen“ im Bestehenden ist demgegenüber ein illusionäres und regressives Projekt.

## Zur Bedeutung der kommunalen Ebene

Nachdem man sich der „unsinnigen Schuldenbremsen“ (360 f.) entledigt hat, geht es auch darum, die Kommunen „finanziell so auszustatten, dass sie die aufgelaufenen Investitionsrückstände in Höhe von ca. 120 Milliarden ... möglichst rasch abarbeiten können.“ Die Ämter müssen mit „qualifiziertem Personal“ ausgestattet werden. Anders gesagt: Wir brauchen eine öffentliche Verwaltung mit nicht nur weit höher entwickelter Steuerkraft, Finanz- und Kontrollmacht, sondern auch mit genügend Personal, Kompetenz und Ethos: Sind doch alle Institutionen und Grundfunktionen des organisierten Gemeinwesens selbst ein ganz besonderer „sozialwirtschaftlicher Dienst“ (Müller 2015: 444 ff.).

Ein spezieller Vorschlag der Autoren lautet, die Abhängigkeit der Kommunen von selbst generierten Einkommen wie der Gewerbesteuer zu beenden: Maßgeblich für die finanzielle Ausstattung muss der wirkliche Bedarf (361) sein. Zu Recht wird auf den „skandalösen Verfall unserer Infrastruktur“ und die entsprechende, nicht einfache Situation der Kommunen und öffentlichen Verwaltung verwiesen. Auf dieser Ebene, im unmittelbaren Lebensraum der Menschen, unter kommunaler Selbstorganisation und Ägide, materialisieren und massieren sich die ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme unter der Hegemonie der Kapitalwirtschaft, wie die Versorgung im Nahverkehr sowie nicht zuletzt das Wohnungsproblem.

Ist es aber nicht zu wenig, den Kommunen dafür nur eine bessere Finanzausstattung zuzubilligen? In der kommunal verfassten, urban geprägten Praxis spielt das eigentliche „Alltagsleben in der modernen Welt“ (Lefebvre 1972). Es handelt sich um ein Feld möglicher demokratischer Selbstorganisation, mit einer eigenen ökonomischen Dimension, ein unmittelbares Lebens- und Experimentierfeld gesellschaftlicher und persönlicher Emanzipation. Den Kommunen und deren Vertretungsorganen, etwa dem Deutschen Städtetag, sollte daher ein höherer Rang im Verfassungszusammenhang zugebilligt und es sollten konkrete Befugnisse im Verhältnis zur Wirtschaft vor Ort einzurichten sein.

Nun gibt es freilich noch keinen Staat in der Welt, der allein schon das Programm der Autoren konsequent verfolgte oder wo nach realer Lage und vorherrschender wirtschafts-, finanz- und haushaltswissenschaftlicher Auffassung die Mittel dazu verfügbar wären. Ganz im Gegenteil: Die gewöhnlich als problematisch aufgefasste Staatsverschuldung und die je verschiedenen nationalen ökonomischen Entwicklungs- und Behauptungsprobleme lassen das Konzept als fast utopisch erscheinen.

Schließlich hängt also alles ab von dem großen Versprechen, dass die neue, wirtschaftspolitisch aufgeklärte politische Geldmacht mit der immer von Arbeitslosigkeit und Wachstums- einbrüchen bedrohten, von chronischen Staatsschulden und Finanznöten geprägten Situation ein Ende machen kann. Liegt dem Ganzen aber überhaupt eine zureichende Analyse

zugrunde und ist an dem grundlegenden Ansatz in der Schuldenfrage „per se absolut nichts“ problematisch (267)?

### Die notwendige Wert- und Reproduktionsanalytik

Den Autoren schwebt die dreigliedrige sozialkapitalistische Grundstruktur moderner Gesellschaftlichkeit vor. Die innerlichen, koaktiven und dabei wertevermittelten Verhältnisse der ganzen Formierung sind jedoch dem bloß *empirisch-logischen* Zugriff, wie er sich etwa in *Formeln* und *Trendkurven* niederschlägt, nicht zugänglich. Es fehlt eine *praktisch-dialektische* oder *praxiswissenschaftliche* Wirklichkeitsauffassung (Müller 2015: 316 ff. u. 2018a) und, ebenso wie bei den Hauptgegnern im liberalistischen Lager, überhaupt das wirtschaftswissenschaftlich fundamentalste Element: Eine stichhaltige Konzeption von ökonomischem Wert<sup>19</sup>:

Solches bildet aber die Voraussetzung, um die rekursive Praxizität des wirtschaftlichen Lebens aufzuschlüsseln. Die Autoren benennen immerhin das Problem. Es heißt, es gäbe sonst keine brauchbaren Modelle „die das einfangen, was wir wirtschaftliche Dynamik nennen“ (300): Tatsächlich wird durch das von Marx entwickelte wert- und reproduktionstheoretische Tableau implizit auch der darin wirkende kapitalwirtschaftliche Akkumulations- und Wachstumszwang, das heißt auch die dynamische Verkoppelung zwischen der Herausbringung von produktivem Mehrwert und unablässigen Produktivitätssteigerungen aufgedeckt (Müller 2015: 466 f.).

Es gibt ansonsten keine Theorie, welche die in einer prinzipiell unendlichen Spiralbewegung (MEW 42: 523) gefangene, heftig widersprüchliche Entwicklung der modernen politisch-ökonomischen Praxis und dabei deren zivilisatorische Funktion (MEW 42: 322-324) wie auch sozial und ökologisch desaströse Konsequenzen besser erkläre.<sup>20</sup> Diese Feststellung ist nicht nur eine theoriegeschichtliche Reminiszenz: Die nötige Fortbildung dieses Ansatzes besteht darin, für die heute wesentlich veränderte Reproduktionsformierung eine analoge und jetzt transformationstheoretisch ausgreifende Analytik zu veranschlagen<sup>21</sup>. Das

---

<sup>19</sup> Die Nutzentheorie des Werts, die die Autoren als haltlos erklären (66), wird wie der stupide Produktionsfaktoren-Nonsens in wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten weiter ohne Erbrechen wiedergekaut. Einen Erklärungsversuch für seine Wertlehre lieferte Marx im Brief an Kugelmann vom 11. Juli 1868: „Das Geschwätz über die Notwendigkeit, den Wertbegriff zu beweisen, beruht nur auf vollständigster Unwissenheit, sowohl über die Sache, um die es sich handelt, als die Methode der Wissenschaft ...“ usw.

<sup>20</sup> Das Naturell „widersprüchlicher Praxis“, deren „Tendenzen“ und Entwicklungssprünge können nicht einfach im Zugriff auf ein „System“ und dessen „Funktionen“ oder „Dynamik“ gefasst werden. Daher die Bedeutung einer Sozial- oder „Praxisontologie“ (Müller 2018a) bzw. der praxiswissenschaftlichen Realitäts- und Erkenntniskonzeption.

<sup>21</sup> Da diese traditionell marxistisch nicht geleistet wird, ist die Distanz oder Abwendung der Autoren in

Kerngeschehen in der empirischen und widersprüchlichen Varietät von Kapitalismen „im Übergang“ lässt sich nicht anders entschlüsseln und im Hinblick auf praktische Konsequenzen begreifen.

Die Autoren unternehmen freilich keinen Versuch, derartige, wenn man so will systemische Beziehungen zwischen industrieller Produktion, staatlichen Transfers und der sozialinfrastrukturellen Ökonomie zu diskutieren. Sie könnten dabei auch deshalb nicht weiter kommen, weil sie in ihrem Ansatz jenes grundfalsche „Smith’sche Dogma“ (MEW 26.1: 69 ff.)<sup>22</sup> fortschleppen, das in makroökonomischen Formeln und selbst in der modernen volkswirtschaftlichen Rechnungsweise weiter lebt.<sup>23</sup> Der gesamtwirtschaftliche Prozess mit seinen enormen Verschlingungen von Materialströmen, Wertbewegungen, Geldfunktionen und Finanzoperationen gleicht derart einer Blackbox, auf die in instrumenteller Manier zugegriffen wird, sei es neoliberal, keynesianisch oder mit der „neuen Ökonomik“: Eine Methode von Trial and Error, voraussehbar mit immer neuen Fehler- und Alarmmeldungen. Was dem entgegen zu halten ist, muss ich hier so komprimieren:

In dem wirtschaftsgeschichtlichen Stadium, in dem die so genannten öffentlichen, sozialinfrastrukturellen Produktionen und Leistungen zu einer eigenen und künftig immer gewichtigeren, eigentlich zukunftsächtigen Wirtschaftsabteilung „sozialwirtschaftlicher Dienste“ geworden sind, kann deren Finanzierung und Reproduktion unmöglich aus eigener Gebührenerhebung, Preisstellung für Einzelleistungen oder einem staatlichen Finanztransfer geleistet werden, der sich steuerlich nur aus Löhnen und Gewinnen speist. Vor allem die Masse der investiven Kapitalien, welche diese zweite Hauptabteilung benötigt, kann nur aus einer direkten, allgemeinen Besteuerung des entsprechenden, „konstanten Kapitals“ in jener ersten Wirtschaftsabteilung geschöpft werden, in der es auch sachhaft produziert wird.

Die heutigen Verhältnisse erfordern also erste einmal eine direkte Beteuerung des fungierenden „konstanten Kapitals“ in der waren- und kapitalwirtschaftlichen Sphäre. Die Autoren glauben, dies mit einer einzigen Nebenbemerkung abtun zu können: „Besonders

---

bestimmter Hinsicht sogar verständlich. Die in diesem Zusammenhang stehende, begonnene Auseinandersetzung (68 f., 245, 339) mit Sahra Wagenknecht (2016) wäre an anderer Stelle fortzusetzen.

<sup>22</sup> Das Dogma lautet, kurz gesagt, dass sich die Wertschöpfung einer Periode in Einkommensgrößen darstellen lässt. Es ist falsch, insofern dabei von der gleichzeitigen Erneuerung des Kapitalstocks bzw. der Reproduktion des konstanten Kapitals abgesehen wird. Heute ist eine Kapital(transfer)steuer notwendig, um die staatlichen Investitionen in der Wirtschaftsabteilung der sozialwirtschaftlichen Dienste zu gewährleisten. Die Mittel kommen als Nachfrage zu den Besteuerten zurück und können so den inländischen Wirtschaftszusammenhang im Verhältnis zum Weltmarkt verstärken und umstimmen.

<sup>23</sup> „Die Kreislaufstatistiker lassen das konstante Kapital weg, weil es in der Stufenfolge der Gesamtwirtschaft verrechnet werden könnte“ (Fiebler 2000: 204). Dadurch scheint sich der produzierte Gesamtwert fälschlich in Einkommen aufzulösen (Krüger 2010: 230 ff.; Müller Eva 2005: 43, 156).



absurd ist es, jetzt wieder nach einer Maschinensteuer zu rufen, wie das manche auf der Linken für opportun halten“ (60). Sie vergessen nur, dass man etwas im Grunde Richtiges fordern kann, auch wenn man es zunächst nur unzureichend zu begründen vermag. In diesem Fall gehen die Implikationen und Konsequenzen sogar noch viel weiter, als man auf den ersten Blick annehmen könnte.

### **Staatsschulden, Fiatgeld und Kapitalsteuern**

Insofern der moderne Steuer-, Rechts- und Sozialstaat sich abmüht, auf Grundlage des überlebten, unzureichenden, teils chaotischen, primär an „Einkommen“ anknüpfenden Steuersystems die notwendigen sozial-infrastrukturellen Ausstattungen und Leistungen zu gewährleisten, wird er dazu getrieben, sich zu verschulden, sich durch Privatisierung des Öffentlichen zu entlasten und seinen und anderer Gürtel enger zu schnallen: Die sich aufdrängende Austeritätspolitik und gar die „Schwarze Null“ im Haushaltsplan sind daher Spitzen eines theoretisch-praktischen Idiotismus der Wirtschaftslehre und verfassungsrechtlichen Blackouts, den auch die Autoren geißeln.

In der Tat sind „die alten Vorstellungen von der Konsolidierung der Staatsfinanzen“ eigentlich „hinfällig“ (197). Nur kann man das in der verschlungenen sozialkapitalistischen Reproduktionsordnung versteckte Problem nicht ganz so einfach, wie vorgeschlagen, durch eine „neue Geldordnung“ oder staatliche „Geldschöpfung“ aufheben (269 f.). Im vorliegenden Fall bedarf es primär der Einrichtung eines volkswirtschaftlich proportionierten Systems von Kapital- und Einkommensteuern: Kapital(transfer)steuer<sup>24</sup> statt Fiatgeld heißt also das alternative Grundrezept für eine reelle Ermächtigung des Sozialstaats zur Sanierung der Staatsfinanzen, der maroden Infrastruktur, zur Behebung quälender Sozialverhältnisse, nicht zuletzt für ebenso nötige Investitionsförderung und Subventionierung im Interesse der sozial-ökonomischen Entwicklung eines konkreten gesellschaftlichen Ganzen.<sup>25</sup>

Die Kapital(transfer)steuer, die deren Ansatz auch früher schon unter Stichworten wie Maschinen- oder Wertschöpfungssteuer (Wagner 1984; Müller Gabriele 2008) angedacht wurde, ist insofern etwas völlig anderes als etwa Vermögens- oder Finanztransaktionssteuern:

---

<sup>24</sup> Der Staat „entzieht mit Steuern dem Privatsektor die Verfügungsgewalt über reale Ressourcen, indem er Kaufkraft abzieht, die ansonsten zur Produktion möglicherweise anderer Güter verwendet worden wäre. Steuern sind und bleiben also für den Privatsektor ein Ärgernis! Sie sind jedoch der Preis dafür, dass ein Staat Leistungen im Interesse des Gemeinwohls sicher stellen kann.“ (Steinhardt 2018b)

<sup>25</sup> Im Zusammenhang der Konzeption einer „Kapitalsteuer“, die vormals Kalecki (1937) und neuerdings Piketty (2014) ins Auge fasste, jetzt der „Kapital(transfer)steuer“, werden die fraglichen ökonomischen Zusammenhänge durchsichtig. Ich sehe darin das Grundelement „einer echten Fiskalrevolution“ (Müller 2015: 479 ff.) und den entscheidenden Ansatzpunkt, um über die gewöhnlich nur sozialdemokratisch-(post)keynesianischen Vorstellungen der Opposition hinauszukommen.

Es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Umverteilung, sondern um einen Eingriff an einen „Knotenpunkt der Systemverhältnisse“ (Müller 2015: 484), der die Macht-, Eigentums- und Sozialverhältnisse berührt, die volkswirtschaftlichen Proportionen in Bewegung bringt, eine Reorganisation der Betriebs- und Wirtschaftsverfassung<sup>26</sup> herausfordert, die Einhegung des Wachstumszwangs in Aussicht stellt und so nach und nach die Grundstimmung des sozial-ökonomischen Prozesses und schließlich die internationalen Wirtschaftsbeziehungen verändern kann (Müller 2015: 477 ff., 508). Man könnte die Perspektive vielleicht so auf die einfachste Gleichung bringen: Primat des Sozial-Ökonomischen, Primus der Industrieproduktion, alles unter die Ägide des demokratisch organisierten und souveränen Gemeinwesens.

Wenn es nun richtig ist, dass ein wesentlicher Grund der chronischen, im Bestehenden nicht abstellbaren Staatsverschuldung das einseitig an „Einkommen“ orientierte Steuersystem ist, also die für ein stimmiges Reproduktionssystem nötige, aber fehlende direkte Besteuerung des konstanten bzw. investiven Kapitals, dann wäre die Geldschöpfung „aus dem Nichts“ (348) bzw. der Einsatz von Fiat-Geld eine soweit mögliche, probate Ausgleichsmaßnahme. Auf's Ganze und längere Sicht gesehen stellt sich der Ansatz der Autoren freilich dar wie ein Goldschopf, an dem sie sich aus stets verwickelten Finanz- und Schuldverhältnissen, Mißständen und Entwicklungsrückständen auf *allen* Gebieten der öffentlichen und sozialinfrastrukturellen Dienste, fehlgeleiteten privaten und fehlenden öffentlichen Zukunftsinvestitionen sowie aus der Druckkammer globaler Konkurrenzverhältnisse herausziehen möchten. Alle diese Plagen werden durch den Verwertungs- und Wachstumszwang der Kapitalwirtschaft ständig neu aufgemischt.

So gesehen ist beispielsweise eine im Verhältnis zur schwächelnden Binnenwirtschaft unverhältnismäßig erscheinende Exportorientierung der Industrie im Grunde auch eine Konsequenz des Akkumulations- und Wachstumstrieb, der zwanghaft in ökonomische Expansion, insbesondere in Auslandsinvestitionen, wenn nicht in Aufrüstung oder gar in militärische Verwicklungen umschlägt. Und abgesehen von dieser Grundtendenz gibt es binnenwirtschaftlich unter anderem auch deshalb „keinen Anreiz, neue Kapazitäten aufzubauen“ (188), weil infolge der kapitalwirtschaftlich dauernd induzierten Überproduktion die Märkte bereits gehörig mit extraktivistischem, überflüssigen und schadenstiftendem Konsummüll überfüllt sind: Eine Produkten- und Lebenswelt, in welcher menschliche schöpferische Kräfte neben Notzuständen und sozialem Schwachsinn hausen.

---

<sup>26</sup> Die Konsequenzen der annoncierten „Fiskalrevolution“ betreffen auch die „Reelle(n) Eigentumsrechte und die Betriebs- und Wirtschaftsverfassung“ (Müller 2015: 486 ff.).

## Europäische Probleme und Perspektiven

Der von den Autoren vorgeschlagene politisch-ökonomische Spurwechsel schlägt sich auch in europäischen Fragen nieder: In ihrer heutigen Verfassung stellt die EU ein wirtschaftsliberales Regiment über die Mitgliedsländer dar. Wobei genauer besehen „selbst in der Europäischen Union die entscheidenden Weichen auf der Ebene des Nationalstaates gestellt“ (90) werden. Eine Demokratisierung dieses zusammengestückten Ganzen oder ein konstituiertes europäisches Staatsgebilde erscheint nach Lage der Dinge praktisch unmöglich.<sup>27</sup>

Immerhin erscheint die EZB-Politik des „Quantitative Easing“, Ausdruck der favorisierten Geldschöpfung, als wichtiger „Beitrag gegen den Marktfundamentalismus“ (281). Jedoch haben die Länder der Eurozone ihre Währungssouveränität als Grundvoraussetzung für die Bewältigung eigener Problemlagen und wirklicher Herausforderungen aufgegeben. Und die von der „Eurogruppe unter deutscher Führung“, von der liberalistischen „Staatschuldenthese“ gestützte „Austeritätspolitik“ „war von Anfang an Gift“ (282). Also sind die Probleme der Eurozone eine Folge verkehrter Wirtschaftspolitik der Regierungen der EWU-Länder und der Europäischen Kommission.

Die Mitgliedsstaaten selbst müssten zumindest alle die „goldene Lohnregel“ befolgen, dass also die Löhne stets mit der nationalen Produktivität und dem gemeinsamen Inflationsziel steigen. Sonst kann das System fester Wechselkurse der Europäischen Währungsunion nicht funktionieren (140). Man hat sich aber, besonders Deutschland, nicht an diese implizite Regel gehalten. Die deutschen Export- oder Leistungsbilanzüberschüsse (284) sind in diesem Zusammenhang ein erheblicher Störfaktor. Wie man liest, schafft sich Deutschland immer wieder neue Schuldner im Ausland, die mit vielen Milliarden Euro in der Kreide stehen. Wenn also keine Änderung in Sicht kommt, so die nüchterne Einsicht, hat das Ganze voraussichtlich keinen Bestand (289).

Was wäre allerdings die Alternative? In einem Sonderheft zur kontroversen Europadebatte „Ach Europa!“ (Flassbeck 2018b) wird erklärt, dass die neoliberale Formierung „von Politikern“ geschaffen und somit auch „jederzeit geändert“ werden kann: „Jederzeit“ sicher nicht, aber ein „wirtschaftsliberaler Eurosuprastaat“ wäre jedenfalls die Katastrophe. Stattdessen könnte ein kooperatives „Europäisches Währungssystem“ in Verbindung mit nationalen Notenbanken die „Stellung der EZB-Technokratie“ beenden und einen neuen Entwicklungspfad eröffnen. Daher darf auch ein „Euro-Ausstieg“ kein Tabu sein und die „Wiedereinführung nationaler Währungen“ steht „keineswegs im Widerspruch zur Idee eines stärkeren

---

<sup>27</sup> Siehe die aktuelle, prägnante Stellungnahme bei IPG – Internationale Politik und Gesellschaft betreffs der „Illusion: Die EU lässt sich reformieren“ (Fazi 2018).

Zusammenwachsens Europas“, sondern könnte die gegenwärtigen massiven Konflikte überwinden helfen. Man kann deshalb auch an einen Ausstieg aus dem Euro zwecks Wiedererlangung der Währungssouveränität denken und sollte etwa den Austritt einzelner Länder akzeptieren, die seit Jahren aus ihrer Problemlage nicht herauskommen.

Bei alledem ist und bleibt das unterstützenswerte Ziel der Autoren die „Entwicklung eines solidarischen und gemeinwohlorientierten Europa“ (281): Das erscheint realistisch in der Form, dass die verschiedenen Staaten auf der Ebene einer Union kooperieren und so einen politisch und wirtschaftlich regulierten, „funktionierenden Zusammenhang einzelstaatlicher und europäischer Komponenten“ bilden. Derart sollte zum Beispiel eine „europäische Innovations- und Investitionsoffensive“ für den „ökologischen Umbau“ instituiert werden.

Was ist dem hinzuzufügen? Die Grundorientierung der Autoren läuft auf eine Kooperative bzw. ein „System unterschiedlicher Volkswirtschaften“ hinaus. Das hat mit einem Rückfall in „Nationalismus“ überhaupt nichts zu tun. Die Argumente dafür möchte ich sogar noch verstärken: Die Produktionen der sozialwirtschaftlichen Dienste als zweite Hand der gesellschaftlichen Arbeit sind keine marktgängigen Waren, sondern gelten den sozialinfrastrukturellen Grundlagen oder dem Gehäuse einer sozialräumlich immer und mit guten Gründen begrenzten Wirtschafts-, Rechts-, Staats-, Sozial- und Kulturgemeinschaft.

Die humane gesellschaftliche Perspektive liegt demnach jedenfalls nicht etwa in einem gesellschaftlich abgehobenen, gar noch liberalistisch arrondierten europäischen Kontinentalverband oder gar ein Weltstaat, der äußerste Phantasmagorie von irregeleiteten Kosmopoliten: Das Traktat „Wider die kosmopolitische Illusion“ (Mouffe 2001) bleibt weiter lesenswert. Vielmehr bedingt die für eine lebenswerte und zukunftsfähige Wirtschaftsgesellschaft primäre, tragende und stimulierende Dimension des Sozialwirtschaftlichen eine elementare Selbstbezüglichkeit der modernen, sozialkapitalistisch formierten Wirtschaftsgesellschaften. Mit getragen davon, insbesondere auch unterhalb auf lokaler und regionaler Ebene können sich vielfältige sozioökonomische Formen entwickeln. Aber was ist, über diese Konstitution hinaus, mit der internationalen und globalen Dimension?

### **Der globale Kapitalismus und die Nationalstaaten**

Alle Nationalstaaten finden sich heute eingebettet in weltumspannende kapitalwirtschaftliche Verflechtungen und Strukturen: „Es gibt jedoch bei offenen Grenzen für Güter und Kapital keine Insel der Seligen, und es gibt keine währungspolitische Methode, sich von den Vorgängen im Rest der Welt vollständig abzuschotten (282).“<sup>28</sup>

---

<sup>28</sup> So ist im Grunde von einer markt- und kapitalökonomischen Weltwirtschaft die Rede, nicht etwa von einem historischen „kapitalistischen Weltsystem“, das in einer asymptotischen Bewegung, in der heute

Das Grundrezept lautet etwa so: Jedes Land sollte für sich möglichst die empfohlene „Lohnregel“ als „Mindestnorm rationalen Verhaltens“ verfolgen und „seine Ansprüche genau an die eigene Produktivität anpassen“ (29). Was immer diese kryptische Formel besagt: Das Verhältnis zu den anderen wird wesentlich von den Wechselkursen bestimmt. Diese dürften nicht in liberalistische Manier von Märkten bestimmt werden (290), sondern sollten in zwischenstaatlicher Kooperation festgelegt und über längere Zeit möglichst konstant gehalten werden.

Allerdings können die Währungsrelationen, also auch etwa eine Änderung dieser gesamtwirtschaftlich wirksamen monetären Größen, strukturelle Defizite im Verhältnis zu den Entwicklungs- und Schwellenländern nicht heilen (367). Hierzu bedarf es eines Systems internationaler Zusammenarbeit, letztlich auch einer neuen Weltwährungsordnung und globalen Finanzarchitektur (373): Ob die weltweite, schonungslose, mehr oder weniger raffinierte oder gnadenlose Ausbeutung von Rohstoffen, Billiglöhnen und Ackerland durch die internationalen Konzerne mit unter den Begriff „strukturelles Defizit“ zu fassen ist?

Die durch Wechselkurse quasi ökonomisch gewichteten Nationalstaaten sollten sich um einen „fairen Interessenausgleich“ (288) bemühen, also möglichst auch ohne schädliche Tricks wie einen „Unterbietungswettbewerb“ (289) das Wirtschaftsgeschehen so steuern, dass die Marktwirtschaft in die Lage versetzt wird, das „Gemeinwohl“ wie auch den, an Adam Smith's Hauptwerk erinnernden, „Wohlstand aller Nationen“ zu optimieren“ (299 f.).

Wenn Begriffe wie „Fairness“ oder „Optimierung“ auf dem Gebiet der politischen Ökonomie begegnen, ist Vorsicht angebracht: In der Realität steigen die Finanzrisiken global weiter und es brechen „schwere Zeiten für den Multilateralismus“ an. „Bei den großen Themen der Weltpolitik herrscht Stillstand“. Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres verwies beim G20-Gipfel 2018 in Argentinien auf das Krisenszenario.<sup>29</sup> Die Situation ist durch Umbrüche, heftige Fluktuationen, Entwicklungen außer Kontrolle und durch Krisen gekennzeichnet: Anzeichen eines nicht mehr recht funktionsfähigen oder heilbaren Systems und eines anhängigen, andrängenden Formationswandels (Wallerstein 2002: 43 ff.). Eine solche historische Reflexionsdimension lassen die Autoren leider vermissen.

### **Zur Einholung der historischen und Zukunftsfragen in die Debatte**

Die Geschichtsvergessenheit drückt sich in der einfach hingestellten Behauptung aus, es „ist

---

eröffneten gesellschaftsgeschichtlichen Übergangsperiode, auf sein Ende zutreibt (Wallerstein 2002).

<sup>29</sup> „Die Ungleichheit auf der Welt sei ‚allgegenwärtig‘ und wachse, der Klimawandel schreite voran, die Handelsstreitigkeiten eskalierten, und geopolitische Spannungen sorgten ‚für mehr Druck in der Wirtschaft.‘“ (SZ/Politik am 30. November 2018)

eine Tatsache, dass sich fast alle Länder dieser Welt für offene Güter- und Kapitalmärkte entschieden haben“: Es handelt sich im Grunde um eine faktisch erzwungene Eingliederung unter dem Druck und Sog der übermächtigen kapitalistischen Weltökonomie. Hätten die Autoren die entsprechenden Probleme - vom Kolonialismus und jenem „Imperialismus“, der leider nicht das höchste und letzte „Stadium des Kapitalismus“ (Lenin 1916) war, bis hin zur gegenwärtigen, komplexen „Dialektik der Globalisierung“ (Attac 2013) - mit reflektiert, wäre das Lichtbild der moderierten Marktwirtschaft vermutlich getrübt.

Überhaupt ist die neoliberale Globalisierung weniger die Umsetzung einer Idee, wie es manchmal anklingt, als die ideologisch übergreifende, brutal durchgreifende Radikalisierung des schon immer treibenden Wachstums- und Expansionszwangs der Kapitalwirtschaft. Es handelt sich dabei um die Prozessgrundlage einer spezifischen zivilisatorischen Entwicklung und die maßgebliche Ursache für dabei nicht enden wollende Polarisierungen, Krisenprozesse und eine sukzessive Zerstörung der Lebensgrundlagen. Die Autoren wenden sich also im Grunde eher gegen die neoliberale *Form* der markt- und kapitalwirtschaftlichen Prozessualität, aber anscheinend ohne geschärfte Wahrnehmung der intrinsischen Funktionalität einer Krebsökonomie und unter Ablendung der tiefgreifend entfremdeten Wesenszüge dieser historischen Reproduktions- und Gesellschaftsform.

Marx antizipierte, dass in diesem Stadium des praktisch vollendeten kapitalistischen „Weltmarkts“ „zugleich alle Widersprüche“ der historischen Praxisformierung „zum Prozess kommen“ (MEW 42: 154) und eine Periode gesellschaftsgeschichtlichen „Übergangs“ eröffnet ist: Für jegliche wissenschaftliche und besonders für eine politische Praxis im Sinne sozialer Befreiung und der Freiheit assoziierter Individuen (MEW 23: 512, 618) ist aber diese oder eine andere Perspektive und Konzeptualisierung der Situation ganz ausschlaggebend.

Der „klare empirische Befund“, dass es „keinen Kapitalismus ohne die Gesetze des Kapitalismus“ (339) gibt, schießt an dieser doppelbödigen Realität vorbei: Die Auffassung von „der Wirtschaft“ als Waren- und Marktwirtschaft oder schlechthin als „der Kapitalismus“ erscheint so ganz allgemein als überholt. Es müsste sozial- und wirtschaftswissenschaftlich, dem Konzept der Übergangsperiode entsprechend, von wesentlich infrastrukturell fundierten, sozialkapitalistisch formierten „Übergangsgesellschaften“ die Rede sein. Ich habe daran anschließend argumentiert, dass das heute Bestehende, noch mehr oder weniger latent, die sozioökonomische Konfiguration einer Alternative bereits enthält. Das kann an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden<sup>30</sup>, aber sichtbar wird am Ende dennoch eine Wegrichtung.

---

<sup>30</sup> Der Dritte Hauptteil des „Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert“ trägt den Titel „Politische Ökonomie als Transformationsanalyse und Grundrisse der Systemalternative“ (Müller 2015: 406-536).

## Ausblicke

Aufgrund der wesentlichen Selbstbezüglichkeit der gesellschaftlichen Reproduktion auf dem Entwicklungsniveau des modernen Sozialkapitalismus ergibt sich die Möglichkeit und Tragfähigkeit einer konsequenten nationalen Entwicklungs- und Emanzipationsstrategie (Müller 2018b). Dies im Gegenzug gegen die (neo)liberalistischen Konzeptionen von Wirtschaft und Gesellschaft und so auch im Hinblick auf eine künftige europäische Kooperative und das sich stürmisch weiter entwickelnden Weltszenario.

Dabei stößt die kapitalwirtschaftliche Expansion und neoliberale Globalisierung heute nicht nur auf *äußere* Schranken, sondern auch aufgrund ihrer eigenen, *inneren* Formspezifik an Grenzen des Wachstums.<sup>31</sup> Mit Erreichen der höchsten Ausdehnung, insbesondere im Fortgang des Auf- und Einstiegs Chinas und der Platzierung seiner „sozialistischen Marktwirtschaft“ im Weltsystem, implodiert oder schlägt die neoliberale Globalisierung um: Die tendenzielle Überfüllung der Warenmärkte, die im globalen Maßstab weiter mobilisierten Investivmittel und die exzessiven finanzkapitalistischen Potenziale führen zu verschärfter internationaler Konkurrenz, zu fluktuierenden Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie zu entsprechenden Schutz- und Abwehrreaktionen betroffener Staaten und gesellschaftlicher Kräfte.

Dem entspricht die Tendenz zu spezifischen, auch protegierenden Verhaltens- und Handelsvereinbarungen mit der Ansage „zum gegenseitigen Vorteil“, oder auch die Abwehr von ausländischen Investitionen, die auf die Übernahme von Schlüsselindustrien oder gar von elementaren sozialwirtschaftlichen Diensten zielen. Natürlich wird man in den internationalen Beziehungen immer auch um eine „internationale Koordination der Politik“ (11) und eine „globale Ordnung“ bemüht sein. Marx imaginierte einmal eine „harmonische nationale und internationale Koordinierung“, aber sicher erst als Möglichkeit *nach* der „Sozialen Revolution“ (MEW 17: 546, 600). Bei der Beurteilung entsprechender Institutionen und Initiativen heute ist insofern höchste Vorsicht angebracht: Geht es dabei etwa um die „Ordnung“ von Revieren, die bloße Deckelung von Katastrophen oder am Ende um die Rettung des Systems *um jeden Preis*? Vielleicht ist *das* die ultimative Gefahr.

In dieser komplexen Übergangssituation führt der kritische, reformerische Pragmatismus von Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt auch einmal zu der Offenbarung, wirtschaftspolitisch gestaltbar sei „lediglich die Art und Weise, wie Krisen von vornherein vermieden bzw. effektiv

---

<sup>31</sup> Das Wirtschaftswachstum in der reichen Welt verlangsamt sich schon seit beinahe 60 Jahren und der Trend könnte sich durchaus fortsetzen (Maxton 2018: 47 f.). An dem Punkt müsste die Problematik der Profitrate möglichst unverkürzt (MEW 25: 221-277) und könnte auch die Arbeit von Karl-Georg Zinn bezüglich der Perspektive eines „Kapitalismus ohne Wachstum“ oder einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ in eine ergebnisoffene Diskussion eingeholt werden (Zinn 2015).

bekämpft werden können“ (283). Es ist so: Sogar „schwere Konflikte“ sind möglich und kaum zu verhindern (11). Gerade angesichts dessen sollten die unorthodoxen theoretischen Konzepte und konsequenten Neuorientierungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik weiter diskutiert und in der Richtung selbstverständlich auch Marxistisches einbezogen werden: Die Autoren stoßen sich entschieden ab vom herrschenden Mainstream und nähern sich im Grunde den Systemgrenzen, aber scheinen dann doch vor dem widersprüchlichen und transitorischen, historischen Charakter ihres Gegenstandes und der Aufgabe einer wissenschaftlichen Utopistik zu kapitulieren.

## Literatur

Attac Deutschland (Hrsg.) (2013): Dialektik der Globalisierung: Soviel Wandel war nie. In: Sand im Getriebe (SiG). Informationen der internationalen Attac-Bewegung, Nr. 100. Aufruf: [https://www.attac.de/uploads/media/sig\\_100\\_b.pdf](https://www.attac.de/uploads/media/sig_100_b.pdf)

Fazi, Thomas (2018): Illusion: Die EU lässt sich reformieren. In IPG – Internationale Politik und Gesellschaft am 10.12.2018. Aufruf: <https://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/illusionen/artikel/detail/illusion-die-eu-laesst-sich-demokratisieren-3144/>

Fiehler, Fritz (2000): Genesis der nachklassischen Geld- und Einkommenstheorie. Das Smith'sche Dogma und der Richtungswandel in der politischen Ökonomie. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Neue Folge 1999. Hamburg: Argument, S. 197-211.

Flassbeck, Heiner / Steinhardt, Paul (2018a): Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates. Berlin: Suhrkamp.

Flassbeck, Heiner / Steinhardt, Paul (2018b): Ach Europa! Warum die Friedensnobelpreisträgerin in der Krise steckt. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft.

Kalecki, Michal (1987): Eine Theorie der Güter-, Einkommens- und Kapitalbesteuerung In: Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays. Marburg: Metropolis, S. 92-99.

Krüger, Stephan (2010): Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Darin: Kritik der Kreislauftheorie (Sozialprodukts-Konzept). Hamburg: VSA, S. 230-242.

van Laak, Dirk (2018): Alles im Fluss. Die Lebensadern der Gesellschaft. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Lefebvre, Henri (1972): Das Alltagsleben in der modernen Welt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lenin, W.I. [1916 ]: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Lenin Werke Bd. 22. Berlin (DDR): Dietz, S.189-309.

Lingk, Alexander (2018): Totalität und Entfremdung – Was Marx der jüngsten „kritischen“ Wissenschaft voraus hat. In: Novkovic, Dominik / Akel, Alexander (Hrsg.): Karl Marx - Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marxschen Theorie. Kasseler Philosophische Schriften NF 8. Kassel: kassel university press, S. 311-331.

Marx, Karl (1976): Bürgerkrieg in Frankreich. Erster Entwurf. MEW 17, Berlin (DDR): Dietz.



Marx, Karl (1966): Das Kapital. Erster Band. MEW 23. Berlin (DDR): Dietz.

Marx, Karl / Engels, Friedrich (1968): Das Kapital. Dritter Band. MEW 25. Berlin (DDR): Dietz.

Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW 42. Berlin: Dietz.  
Dazu Müller, Horst: Best of Karl Marx. Exzerpte aus der Manuskriptsammlung Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Aufruf:  
[https://www.praxisphilosophie.de/mueller\\_grundrisse\\_exzerpte.pdf](https://www.praxisphilosophie.de/mueller_grundrisse_exzerpte.pdf)

Marx, Karl (1965): Theorien über den Mehrwert. MEW 26.1. Berlin (DDR): Dietz.

Mattered, Jana u.a. (2017): Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe: Öffentliche Infrastrukturen zwischen Daseinsvorsorge und Finanzmärkten. Schriften zu Wirtschaft und Soziales 20 der Heinrich-Böll-Stiftung. Aufruf: <https://www.boell.de/de/2017/06/22/gemeinwohl-zukunftsaufgabe-oeffentliche-infrastrukturen-daseinsvorsorge-finanzmaerkte>

Maxton, Graeme (2018): Change! Warum wir eine radikale Wende brauchen. München / Grünwald, Komplett-Media,

Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Müller, Eva (2005): Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hamburg: VSA.

Müller, Gabriele (2008): Sozialstaat. Zukunftsmodell Wertschöpfungsabgabe. In: Arbeit&Wirtschaft 2008. [https://www.praxisphilosophie.de/wertschoepfung\\_zukunftsmodell.pdf](https://www.praxisphilosophie.de/wertschoepfung_zukunftsmodell.pdf)

Müller, Horst (2001): Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ Nr. 132, Oktober 2001, S. 909-924. Aufruf: <http://www.rosalux.de/publication/16154/die-staatsquote-und-transformationstendenzen-in-wirtschaft-und-gesellschaft.html>

Müller, Horst (2008): Transformationsprozesse der sozial-ökonomischen Praxis und der Grundriss einer Systemalternative. In: Widerspruch, Münchner Zeitschrift für Philosophie Nr. 47/2008, S. 89-104. Aufruf: [https://www.praxisphilosophie.de/mue\\_grundriss.pdf](https://www.praxisphilosophie.de/mue_grundriss.pdf)

Müller, Horst (2015): Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. Norderstedt, Books on Demand. Buchanzeige: [https://www.praxisphilosophie.de/das\\_konzept\\_praxis\\_im\\_21\\_jhd\\_312.htm](https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm)

Müller, Horst (2018a): Zur Fortentwicklung des Marxismus als dialektische Praxiswissenschaft im 21. Jahrhundert. In: Novkovic, Dominik / Akel, Alexander (Hrsg.): Karl Marx - Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marxschen Theorie. Kasseler Philosophische Schriften NF 8. Kassel: university press, S. 31-62. [https://www.praxisphilosophie.de/marx\\_praxisphilosophie\\_kasseler\\_philosophische\\_schriften\\_inhalt.pdf](https://www.praxisphilosophie.de/marx_praxisphilosophie_kasseler_philosophische_schriften_inhalt.pdf)

Müller, Horst (2018b): Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. In: Zeitschrift Widersprüche Nr. 150-2018. Münster: Westfälisches Dampfboot. Link zur Zeitschrift: <https://www.widersprueche-zeitschrift.de/>

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.

Polanyi, Karl (1997): The Great Transformation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schumpeter, Joseph (1976): Die Krise des Steuerstaats. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 329-379.

Šik, Ota (1979): Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg. Hamburg Knaus-Verlag.

Smith, Richard (2016): Green Capitalism. The God that Failed. College publications: WEA Economics series.

Steinhardt, Paul (2017): Schlachtfeld öffentliche Daseinsvorsorge. In: Makroskop am 21.12.2017. <https://makroskop.eu/2017/12/schlachtfeld-oeffentliche-daseinsvorsorge/>

Steinhardt, Paul (2018a): Kapitalismus und Ketchup – 4. In: Makroskop am 08.03.2018. Aufruf: <https://makroskop.eu/2018/03/kapitalismus-und-ketchup-4/>

Steinhardt, Paul (2018b): Steuerfinanzierung von Staatsausgaben: Ein notwendiger Mythos? In: Makroskop am 22.03.2018. Aufruf: <https://makroskop.eu/2018/03/steuerfinanzierung-von-staatsausgaben-ein-notwendiger-mythos/>

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Streeck, Wolfgang (2017): Europäische Union: Nicht ohne meine Nation. Zeit Online, am 1. Mai 2017.

Wagenknecht, Sahra (2016): Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten. Frankfurt am Main: Campus.

Wagner, Adolf (1984): Volkswirtschaftliche Aspekte einer Maschinensteuer. In: Marburger Arbeitskreis für Sozialrecht und Sozialpolitik (Hrsg.): Maschinensteuer – Ausweg aus der Finanzkrise der Sozialversicherung? Köln: Heymanns Verlag, S. 89-129.

Wahl, Peter (2017): Die Linke, der Nationalstaat und der Internationalismus. Theorieblog von attac Deutschland, am 10. Februar 2017. Aufruf: <http://theorieblog.attac.de/2017/02/die-linke-der-nationalstaat-und-der-internationalismus>

Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien: Promedia.

Immanuel Wallerstein / Horst Müller, Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010. Aufruf des Beitrags von H. Müller: [https://www.praxisphilosophie.de/mueller\\_marx\\_wallerstein.pdf](https://www.praxisphilosophie.de/mueller_marx_wallerstein.pdf)

Zinn, Karl-Georg (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Hamburg: VSA.